

Gemeinden sollen Polizisten leasen

Die Baselbieter Kantonspolizei könnte bald zwei «Herren» dienen: Kanton und Gemeinden

Die Baselbieter Gemeinden sollen in Zukunft vom Kanton Polizisten leasen statt eigene Sicherheitskräfte beschäftigen. Dies der Vorschlag von Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro.

BEA ASPER

Regierungsrätin Sabine Pegoraro spricht von einer «Win-win-Situation». Kräfte wären gebündelt, die Bürgernähe gewahrt und Schnittstellen beseitigt. Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann bleibt skeptisch: Gegen Verbesserungen gebe es nichts einzuwenden, doch anstatt über neue Modelle zu diskutieren, sollten zuerst die Unklarheiten bei der Aufgabenteilung aus der Welt geschafft werden.

Auf Einladung des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) und der Sicherheitsdirektion trafen sich gestern rund 90 Gemeindevertreter mit den Verantwortlichen des Kantons. Dabei präsentierte die Sicherheitsdirektion ein Modell, «das den Gemeinden auf freiwilliger Basis ermöglicht, die bisher von der eigenen Gemeindepolizei erbrachten Leistungen künftig beim Kanton einzukaufen.» Für Hintermann ist dies «das Pferd beim Schweif aufgezäumt». Für Reinach gebe es keinen Grund, die Gemeindepolizei gegen ausgeliehene Kantonspolizisten einzutauschen.

Leistungsabbau befürchtet

Das erkannte Problem sei, dass es in der Aufgabenteilung zwischen der Gemeinde- und der Kantonspolizei Schnittstellen gibt. Diese zu entflechten, sei keineswegs nur möglich mit der Abschaffung der Gemeindepolizei. «Dagegen würden wir uns vehement zur Wehr setzen», sagt Hintermann. Sein Gegenvorschlag: «Der Gemeindepolizist erweitert sein Aufgabengebiet und wird dafür vom Kanton entschädigt.»

Hintermann befürchtet, dass es beim Leasing-Modell zu einem Abbau und zu anderen Problemen kommen würde. Als Beispiel nennt er die Radarkontrollen: Dank eigener Polizisten

und zweier Radargeräte könne in Reinach durchgesetzt werden, dass in speziellen Zonen die Temporeduktion eingehalten wird. «Müssten wir uns auf den Kanton verlassen, würden zahlreiche Kontrollen wegfallen», meint Hintermann. Pegoraro widerspricht: «Es wäre an der Gemeinde, in der Leistungsvereinbarung die Anzahl Radarkontrollen zu bestimmen.»

Allerdings räumt die Regierungsrätin ein, dass der Kanton sein Veto einlegen würde, «sollte der Gemeinderat Kontrollen verlangen, die keinen Sinn ergeben, respektive offensichtlich nur erfolgen, um die Kasse aufzubessern.» Ihrer Meinung nach käme das neue Modell die Gemeinden günstiger zu stehen, weil der Kanton die Kosten für Infrastruktur und Weiterbildung trägt und bei Absenzen für Ersatz sorgt. So wäre der Kanton Arbeitgeber, der Gemeinderat Auftraggeber.

Keine Missverständnisse mehr

Im Gegenzug profitiere die Kantonspolizei von einem gestärkten Auftritt. «Vor allem aber profitiert der Bürger, weil die Unklarheiten und Missverständnisse ausgeräumt sind, ob nun wohl die Kantonspolizei oder die Polizei dieser oder jener Gemeinde zuständig sei.» Oberwil habe jedenfalls gute Erfahrungen gemacht, indem die Gemeinde für ihre individuellen Sicherheitsbedürfnisse auf die Dienstleistungen der Kantonspolizei zählt; und nebst der Stadt Liestal hätten bereits weitere Gemeinden ihr Interesse am Leasing-Modell bekundet, unterstreicht Pegoraro.

Unabhängig von der möglichen Neuordnung der Aufgabenteilung sollen die Vorschriften über das Polizeiwesen aktualisiert werden. Die Gemeinden bemängelten, dass sie von der Kantonspolizei unter dem Vorwand des Datenschutzes oft schlecht informiert würden. Pegoraro zeigte sich bereit, «die zahlreichen Vorschläge entgegenzunehmen und weiter zu diskutieren.» Eine noch einzusetzende Arbeitsgruppe aus Gemeinde- und Kantonsvertretern soll Vorschläge präsentieren.